

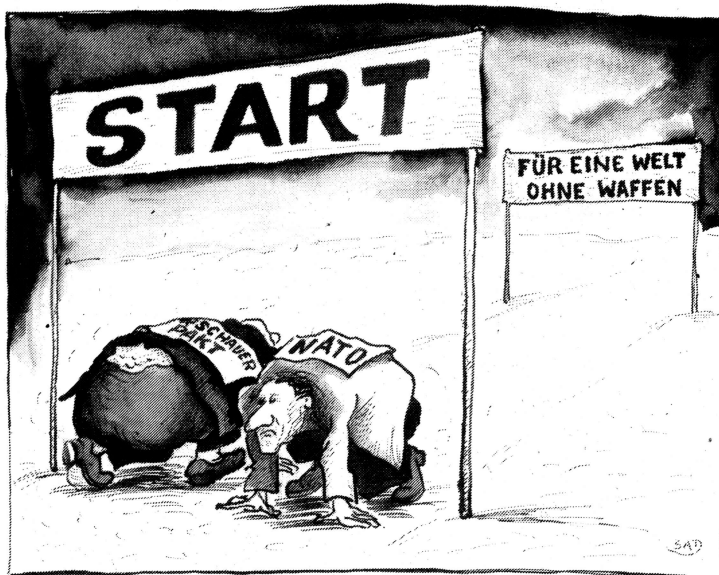
der Luftwaffe, Reduzierungen vorzunehmen.

Auf die von den Staaten des Warschauer Vertrages bekanntgegebenen einseitigen Abrüstungsmaßnahmen reagierten ranghohe Militärs und Politiker der NATO, allen voran der NATO-Oberbefehlshaber, US-General Galvin, mit der Beschwörung eines weiterhin funktionsfähigen Nuklearpotentials. Führungsgremien des imperialistischen Militärpakt beharren auf Beibehaltung der Abschreckungsdoktrin sowie auf Verwirklichung der Pläne für die weitere nukleare und konventionelle Aufrüstung in dem nächsten Jahrzehnten. Der künftige Verteidigungsminister der USA, Tower, formulierte das auf einer Wehrkundetagung in der BRD Ende Januar 1989 so:

„In der absehbaren Zukunft wird die Trumpfkarte der NATO in ihrer Entschlossenheit zur Modernisierung ihrer konventionellen und atomaren Streitkräfte liegen.“

All das läßt erkennen, daß aggressive Kräfte in der NATO nicht gewillt sind, auf dem Weg zu Entspannung und Abrüstung mitzugehen. Nach wie vor sind sie bestrebt, militärische Überlegenheit über den Sozialismus zu erlangen. Über die Ziele dieser Politik hat sich NATO-Generalsekretär Wörner offen ausgelassen. „Wir“, so bekannte er, „können es uns nicht länger leisten, den Prozeß der Ost-West-Entwicklungen im Rahmen des gegenseitigen Status quo zu sehen. Wir müssen darüber hinausgehen und eine Dynamik in Gang setzen, mit der wir eine neue politische Ordnung in Europa schaffen.“

Dieses Widerstreben gegen eine absolut notwendige Entwicklung auf dem Wege der Umkehr von der Konfrontation zur Entspannung, so Genosse Erich Honecker auf der 7. Tagung des ZK der SED, ist keine Einzelercheinung. Offensichtlich wird es genährt durch jene Kreise, die Profite aus der Aufrüstung zie-



Zeichnung: Gerd Sadzinski

hen, und jene, denen die Grenzen nicht gefallen, die im Ergebnis des zweiten Weltkrieges und der Nachkriegsentwicklung in Europa "entstanden sind.

Um die Öffentlichkeit zu beschwichtigen, behaupten einige führende BRD-Politiker, die als „Modernisierung“ verharmlosten nuklearen Rüstungspläne der NATO seien noch längst nicht spruchreif, für die BRD bestünde dazu kein „Handlungsbedarf“. Die Kommuniqués der jüngsten NATO-Tagungen, denen die BRD zustimmte, besagen genau das Gegenteil. Und auf einer kürzlich stattgefundenen Beratung der Bonner Regierungskoalition gab es Übereinstimmung darüber, daß es keine dritte Null-Lösung für Kurzstreckenwaffen geben soll.

Hier offenbart sich die ganze Doppelzüngigkeit der Bonner Politik. Mit Worten tritt die Bundesregierung für eine Welt mit weniger Waffen ein, in der Tat aber wird die Modernisierung der Nuklearwaffen der NATO unterstützt, werden die Rüstungsausgaben weiter erhöht und ein umfangreiches konventionelles Beschaffungsprogramm realisiert,

wird entgegen der öffentlichen Meinung eine Verlängerung der Wehrdienstzeit in der Bundeswehr durchgesetzt und, den Entspannungsprozeß sabotierend, kammheimlich das KOLAS-Raketensystem entwickeln.

Das alles ist für uns Grund genug, zielstrebig für die Verwirklichung des Friedensprogramms des Sozialismus zu wirken. Je rascher und effektiver der 1988 mit dem INF-Vertrag eingeleitete Prozeß realer Abrüstung weitergeführt wird, um so tiefgreifender kann die Wende zum Besseren vollzogen werden.

„Das Maß unserer Verteidigungsanstrengungen“, so führte Genosse Erich Honecker auf der 7. Tagung des ZK der SED aus, „hängt deshalb nicht von Wunschorstellungen ab, sondern wird vom Grad der potentiellen Bedrohung bestimmt. Wir gestalten die Landesverteidigung der DDR im Interesse ihrer Bürger entsprechend unseren Bedingungen, den aktuellen Erfordernissen und unseren Pflichten im Bündnis.“

Heinrich Nölting
Institut für Internationale Politik
und Wirtschaft der DDR